

FIFTYALFIF

**Friedhelm Klinkhammer
und Volker Bräutigam**

Der öffentlich- rechtliche Rundfunk ist am Ende.

Aber ein Ende ist nicht in Sicht.

Unter Mitarbeit von
Tobias Keil

FIFTY & FIFTY

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-946778-45-5

1. Auflage 2023

© Verlag fifty-fifty GmbH, Frankfurt/Main 2023

Umschlaggestaltung: Verlag fifty-fifty

Titelmotiv: Bildmontage © KTEditor/Pixabay und © picture alliance

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

I	Über die Unzulänglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	7
II	Zensur	28
	Ene mene muh und raus bist du: RT DE	29
	Baerbock im deutsch-russischen Porzellanladen	37
	Empörungsjournalismus mit Qualitätsprädikat: Zerrspiegel Tagesschau	46
	Ungebrochen: die häusliche Gewalt der Tagesschau ...	51
III	Sagen, was ist	60
	Wie die Tagesschau gegen China hetzt	61
	Folter in Syrien unter US-Schirmherrschaft	68
	Die Tiefschattenseite der EU-Sonnenkönigin von der Leyen	77
	NATO-oliv-Habeck wird Deutschland ruinieren	86
	ARD-aktuell, die Armut und die Zukunftsangst	94
	Nachbeten über Altersarmut	103
	»Klimaschutz«: Die Kleinen Leute bezahlen, die Reichen zocken ab	111

Tagesschau-Spezialität: Feindbildpflege	120
Gift und Galle statt kühler Vernunft und Diplomatie	129
McTagesschau-Burger, blaugelb verpackt	138
Deutschlands Absturz: Scholz, Baerbock, Habeck und das neue deutsche Elend	148
»Trauerspiel Afghanistan«: Zweiter Akt	157
Das ARD-Manual – wie man die Leute für dumm verkauft	166
IV Distanz zu den Mächtigen	172
Bis zum Hals im Sumpf der Parteienfinanzierung	173
Sumpfbblasen aus den Medienanstalten	183
Putins Gas statt Bidens Bomben	192
US-Faustrecht geht vor Völkerrecht	200
Scholz-HiWis polieren Sankt Selenskyjs Scheinheiligen-Schein	209
Kanzler Scholz gibt den Watschenmann	218
Kriegskabinett Scholz gegen Volksentscheid	227
V Schluss: »Das Prinzip Dumm-Dreist«	236
Quellen	240

I Über die Unzulänglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Das Ritual

Feierabend. Sechserpack und Knabberzeug auf dem Couchtisch. Fernseher an. In der Wunderlampe flimmert ein Reklamespot für Heimwerker. Gleich 20 Uhr.

Gongschlag.

Blick ins abgedunkelte Nachrichtenstudio.

Grafik, eingeblendet:

tagesschau®

Sprecherin aus dem Off:

»Hier ist das Erste Deutsche Fernsehen mit der Tagesschau.«

Panorama-Aufnahme vom Studio, langsam aufhellend. Grafik

tagesschau® bleibt stehen.

Sprecherin aus dem Off:

»Heute im Studio: (zum Beispiel) Jens Riewa.«

Sprecher (zum Beispiel) Riewa, Nahaufnahme, Blick in die Kamera: »Guten Abend, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur Tagesschau.«

Früher wahrten die Sprecher Distanz. Nach dem Trailer »Hier ist das Erste Deutsche Fernsehen mit der Tagesschau« sagten sie:

»Guten Abend, meine Damen und Herren«,

und lasen die erste Meldung vor.¹ Heute biedern sie sich erst einmal an. Dass Sie **tagesschau®** selber lesen können, genügt offensichtlich nicht; gleich zweimal innerhalb weniger Sekunden wird Ihnen beigeputzt, dass jetzt die Tagesschau kommt. Der Sprecher begrüßt Sie mit »guten Abend« und erklärt, dass er Sie begrüßt. Zur Tagesschau.

Damit das auch sitzt. Zweck der Übung: Sie sollen sich persönlich angesprochen fühlen, daher die folgenden Informationen vorbehaltlos aufnehmen und sich nicht davon irritieren lassen, dass Ihr Denken ideologisch eingehegt wird.

Ach, Sie trinken gar kein Bier, sondern Grünen Oolong-Tee?

Auch recht. Trotzdem – der Nachrichtensprecher legt ja schon los – können Sie, der vermeintlich souveräne Zuschauer, nur noch:

- schnell ins eigene Gedankenkinno flüchten,
- wegzappen oder
- die Wunderlampe ausschalten.

Sonst setzen Sie sich hochkonzentrierter Meinungsmache in der Echokammer des USA-NATO-EU-BRD-Wertewestens aus. Denn: Was Ihnen die ARD-aktuell (oder ein anderer öffentlich-rechtlicher Nachrichtenanbieter) garantiert nicht ins Wohnzimmer bringt, ist ein zweifelsfrei seriöses Informationsangebot an durchweg sachlichen, um Objektivität bemühten Nachrichten. Betonung auf »durchweg«. Manchmal kommt es nämlich vor, dass der Redaktion ARD-aktuell doch etwas halbwegs Brauchbares durch den transatlantisch-ideologischen Filter flutscht. Auch eine kaputte Uhr zeigt schließlich zweimal am Tag die richtige Zeit an.

Folgende Meldung vom 12. April 23 war am fraglichen Abend allerdings nicht im Tagesschau-Angebot:

EU-»Friedensfonds« gab gesamtes Budget für Kämpfe in der Ukraine aus (SNA). – Der Europäische Friedensfonds hat sein gesamtes Budget, das bis zum Jahr 2027 eingeplant war, in einem Jahr »zur Förderung der Feindseligkeiten« in der Ukraine verwendet. ... Das Geld sei ursprünglich für die »sogenannte Förderung der Sicherheit aller Regionen der Welt bis 2027« gedacht gewesen. ... Insgesamt habe die Europäische Union (EU) rund 13 Milliarden Euro für die Militärhilfe an die Kiewer Regierung bereitgestellt.

SNA-Sputnik, eine russische Nachrichtenagentur, berief sich auf eine Mitteilung des russischen Außenministeriums. SNA-Sputnik ist jedoch aufgrund einer Verfügung der EU-Kommission verboten. Zen-

sur? Laut Grundgesetz findet die bei uns gar nicht statt. Sie wird wohl nur exekutiert, wenn das Grundgesetz gerade nicht hinguckt. Unsere politisch Verantwortlichen können doch nicht den ganzen Tag mit dem Schmöcker unterm Arm herumlaufen. Das hat uns CSU-Innenminister Höcherl selig schon 1963 wissen lassen; lang, lang ist's her.

Unsere Staatsfuncker in Hamburg (ARD, Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland), Mainz (ZDF, Zweites Deutsches Fernsehen), Köln und Berlin (DRadio, Deutschlandradio) befolgen fügsam die EU-Zensurverordnung. Der Artikel 5 unseres Grundgesetzes garantiert zwar die Rundfunkfreiheit, aber das Petersilienblatt auf dem Schweineschnitzel dient ja auch bloß der Dekoration. Als besonders nahrhaft gilt es nicht. Stimmt's?

Die Redaktion ARD-aktuell, zuständig für *Tagesschau*, *Tagesthemen*, *Nachtmagazin*, *tagesschau.de* und *Tagesschau24*, übt überdies schon seit vielen Jahren Selbstzensur. Sie verarbeitet nämlich ausschließlich Material der westlichen Nachrichtenagenturen:

- AP (Associated Press, USA, kommerziell, aber unter starker staatlicher Kontrolle)
- TRI (Thomson Reuters, Kanada, kommerziell)
- AFP (Agence France Presse, Frankreich, halbstaatlich)
- dpa (Deutsche Presseagentur, kommerziell, kooperiert mit AP)
- sid (Sport Informationsdienst, kommerziell).

Nicht bezogen werden Agenturen aus Russland (ITAR-TASS, Interfax, APN), China, (Xinhua, CNS), Indien (Asian News International unter anderem), Afrika (SAPA unter anderem) und Lateinamerika (teleSUR unter anderem).

Die Konsequenz: selbst verschuldete Einseitigkeit. Die Nachrichtengestaltung trieft vor eurozentristischer Arroganz und USA-höriger Gefolgschaftstreue.

Nun unterhalten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zwar weltweit eigene Studios, unter anderem in Moskau und in Brüssel. Sie hätten füglich auch ohne SNA-Sputnik berichten können,

dass die EU das Geld aus dem Friedensfonds als Schmiermittel für die Rüstungsindustrie missbraucht; sie hätten ergänzen können, dass auch die korrupten Führungsfiguren des Nazi-affinen Gewaltregimes in Kiew mit einem Großteil der internationalen Rüstungshilfe die eigene Tasche füllen, voran Präsident Selenskyj selbst.²

Tagesschau & Co. ließen jedoch brav die Finger von dieser heißen Information. Obwohl die Zweckentfremdung von 13 Milliarden Euro unbestreitbar von öffentlichem Interesse war (und ist) und für die Meinungsbildung des deutschen Publikums bedeutsam gewesen wäre.

Schein und Sein

Müssen Sie, mündige Zuschauer, sich dergleichen mediale Bevormundung gefallen lassen? Von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, für die Sie monatlich erkleckliche Beiträge zu zahlen haben? Nein, selbstverständlich können Sie auf dermaßen gesiebte Informationsangebote verzichten und sich anderweitig unterrichten. Den vollen Rundfunkbeitrag müssen Sie trotzdem abdrücken.

Der Evangelische Pressedienst urteilte einmal, demokratische Gesellschaften seien auf freie und rationale Meinungsbildung angewiesen: »Zu diesem Prozess sollen die öffentlich-rechtlichen Medien durch ihre Verpflichtung auf ausgewogene Vielfalt, durch Verlässlichkeit, hohe journalistische Standards und Unabhängigkeit beitragen. ... Die Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nach wie vor gut, nur entspricht er in der Praxis nicht immer dieser Idee.«³

Nicht immer. Ganz sicher nicht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erweist sich vielmehr als hocheffektives Machtinstrument, mit dem »herrschende Meinung« hergestellt wird. Er gewährleistet unserer politischen Führung und dem Geldadel die Deutungshoheit über alles, was das Staatsvolk betrifft und bewegt. Er bestärkt das »Wir-Gefühl«, die Guten zu sein und immer auf der richtigen Seite zu stehen. Zweifel an dieser Schein-Realität lässt er nicht aufkommen.

Früher berichteten öffentlich-rechtlich bestellte Rundfunk- und Fernsehjournalisten, was die Oberen in Politik und Wirtschaft sagten.

Heute vermittelt die öffentlich-rechtliche Anstaltsjournalle, was Sie zu denken haben. Auf dieser Steigerungsstufe sind Nachrichten ideologisch gesteuert.

Laut Kalle Marx, unserem Philosophen im Rauschebart, vermischt Ideologie immer das »Wahre« mit dem »Unwahren«. Als Beispiel dient ihm der Abschluss eines Arbeitsvertrages:

Nicht nur der Arbeitgeber ist frei, sondern auch der Arbeitnehmer, denn beide unterstehen keiner feudalen Obrigkeit.

Da beide freie Bürger sind, sind sie auch gleich. Frei und gleich.

Aber ihr Arbeitsvertrag begründet Unfreiheit und Ungleichheit. Denn der Arbeitnehmer muss sich dem Willen des Arbeitgebers beugen, wenn er nicht verhungern will.

Wahr und zugleich grundfalsch ist also die Aussage, Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien gleichermaßen frei.

Die Folgerung »wahr und unwahr zugleich« ergibt sich zwangsläufig auch beim Bewerten von Tagesschau- und anderen Informationssendungen.

Wahr und zugleich grundfalsch ist die Selbstdarstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, er sei staatsfern und unabhängig, sein Programmangebot nur der freien Meinungsbildung und der Meinungsvielfalt verpflichtet. Schon die unsäglich tendenziösen Tagesschau-Berichte über den Krieg in der Ukraine, ganz besonders jene über den staatsterroristischen Anschlag auf die Ostsee-Gasröhren, zeigen hingegen, was wirklich Sache ist.

Zwischenruf:

Immer nur die Ukraine-Berichte! Gibt es nichts anderes zu kritisieren?

Doch. Jede Menge. Aber im Fall gefälschte Ukraine-Nachrichten kann man gar nicht danebengreifen. Wir zeigen es seit Jahren.

»Die West-Ukrainer sind ideologische Nachfahren der deutschen Nazis«, schreibt der bekannte US-amerikanische Dozent und Buchautor Patrick Lawrence. Zu diesem Befund sind längst auch viele andere Publizisten gekommen. Wer je mit offenen Augen und Ohren die West-Ukraine bereist und den dort prägenden Kult um den nazistischen Massenmörder Bandera wahrgenommen hat (Denkmäler, Stra-

ßenamen, museale Einrichtungen, Feiern), wird ebenfalls zustimmen. Die Tagesschau aber unterlässt mit Fleiß jeden Hinweis darauf.

Als der ukrainische Schriftsteller Serhij Zhadan am 23. Oktober 22 in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt, verbreitete die Redaktion ARD-aktuell Ausschnitte aus der Laudatio im O-Ton; pure Schönrednerie. Kein Wort davon, dass dieser Preisträger die Russen als »Tiere« und »Unrat« beschreibt, als »Barbaren«, und dass er ihnen wünscht: »Brennt in der Hölle, ihr Schweine.«⁴

Ein richtiges Herzchen, nicht wahr?

Die Tagesschau schwieg nicht nur zum Nazi-Jargon des Preisträgers. Sie umgab ihn auch noch mit einer Aureole: »Zhadan als bedeutender Dichter und Humanist gewürdigt«.

Ein Humanist. Der Russenhasser.

Das schamlose Lob passt eben ins Hier und Heute, und die Tagesschau prägt das wesentlich mit. Im Bundestag wurden der Neonazi-affine ukrainische Präsident Selenskyj und sein damaliger Botschafter Melnyk mit *Standing Ovation*s geehrt. Das der Regierung angeschlossene ARD-Hauptstadtstudio übertrug die peinliche parlamentarische Selbsterniedrigung minutenlang, ohne kritische Einordnung aus gebotener Distanz. Schändlich.

Ein dermaßen verständnisinniger Umgang mit dem Ukro-Nazismus müsste eigentlich sehr nachdenklich machen. Doch Nachdenklichkeit kann man der ARD-aktuell nicht gerade nachsagen. Bestehen vage Zusammenhänge zwischen der massenmedial aufgeblähten Sympathie für die (West-)Ukrainer und deren nazistischer Denk- und Kulturtradition mit der nur sehr unvollständigen Entnazifizierung Deutschlands nach 1945? Ist es nicht faschistoid, die einen Flüchtlinge zu umarmen und die anderen verrecken zu lassen?

Die bejubelte uneingeschränkte Aufnahme der Ukrainer in Deutschland (bevorzugte Versorgung mit Unterkunft, umfangreiche finanzielle Unterstützung, sofortige Arbeitserlaubnis et cetera) unterscheidet sich deutlich vom harschen Umgang mit afghanischen und afrikanischen Flüchtlingen. Bereits jetzt leben mehr als 1,2 Millionen geflüchtete (West-)Ukrainer unter uns; viele sind gekommen, um zu bleiben, und viele weitere werden noch folgen. Es dürfte sich hier eine

ukro-nazistische Minderheit etablieren, deren Denken und Treiben uns vielleicht noch wehmütig an die nur leicht überdurchschnittliche Straffälligkeit von Zuwanderern aus dem muslimischen Kulturkreis zurückdenken lassen wird.

Strich darunter. Die Tagesschau erweitert nicht den Horizont des Publikums, sondern vertieft den Abgrund seiner Verblendung. Sie verbreitet ihre Zerrbilder im Stil einer Drückerkolonne, die der alten Oma Zeitschriften-Abonnements aufschwätzt.

Wechselwirkungen

Eine Parallele zur Verkümmerng des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum bloßen Sprachrohr des Staatsapparates zeigt sich in unserer abstoßenden Diskurs-Kultur. Wer früher immerhin noch ein zu respektierender Meinungsgegner war, ist heute, wenn er der »herrschenden« Meinung widerspricht, automatisch verdächtig: Antisemit, Mitglied von Moskaus fünfter Kolonne, linker/rechter Extremist oder gar »Lumpenpazifist«. In jedem Fall ein »Verfassungsfeind«, auf den der Staatsschutz gefälligst ein Auge zu werfen habe.

Und der macht das tatsächlich. Staatsanwälte sind weisungsgelbunden und damit scharf auf Regimekritiker. Über eine vollständig unabhängige Justiz verfügt unser nur eingeschränkt souveräner Rechtsstaat nicht. So kommt es zum Beispiel, dass unter dem Vorwurf »Belohnung und Billigung von Straftaten, Gefährdung des öffentlichen Friedens« heutzutage Mitmenschen angeklagt und verurteilt werden, weil sie nicht Russland, sondern die USA und die NATO als Schuldige am Ukraine-Krieg betrachten und das öffentlich bekunden. Dass sie ihre Überzeugung auf zeitgeschichtliche Fakten und qualifizierte Bezeugungen namhafter schweizerischer Ukraine-Kenner und OSZE-Beobachter stützen,⁵ hilft ihnen nicht – und die Tagesschau ignoriert den Skandal sowieso.

Die demokratiegefährdenden Abbrucharbeiten an unseren Freiheitsrechten schreiten voran, und nebenher gehen auch Friedfertigkeit und Friedenswille unseres Gemeinwesens dahin. Die Nachricht-

tengestalter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks begleiten das Ganze vollkommen unkritisch, sie errichten kein informationelles Bollwerk dagegen. Sie haben längst alle demokratischen und berufsethischen Hüllen fallen lassen.

Das schlägt auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurück. Sein Publikum geht ihm sukzessive von der Fahne, zwar vorerst noch langsam, aber trotzdem schmerzlich, denn vor allem die Jugend wendet sich ab. Das Durchschnittsalter des ARD-Zuschauers beträgt bereits 64 Jahre. Er schaltet den Fernseher im Schnitt täglich noch gut vier Stunden ein. Die sehr jungen Leute nutzen die Angebote des »linearen« Rundfunks und Fernsehens in wesentlich geringerem Umfang; derzeit nur mehr gut eine Stunde pro Tag. In dieser Altersgruppe ist seit Jahren eine stark rückläufige Tendenz festzustellen.

Auf lange Sicht bedeutet dieser Trend, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Daseinsberechtigung verloren geht.

ARD- und ZDF-Intendanten, Direktoren, Chefredakteure und Hauptabteilungsleiter unterstehen zwar formal der Aufsicht gesellschaftlicher Kontrollorgane, der Rundfunkräte. Doch diese Aufsicht funktioniert nicht. Die Rundfunkräte sind fleischgewordener Ausdruck für die Untauglichkeit und das Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Totalausfall seiner ursprünglich gewollten Selbstkontrolle. Wenn man so was liest und dafür auch Beiträge entrichten muss, dann kann man nur die Motten kriegen.

»Wer zahlt, bestimmt die Musik«, heißt es. Für den Rundfunkbeitragszahler gilt das Sprichwort nicht. 39,5 Millionen Haushaltsvorstände und weitere Millionen Unternehmen müssen auf Beschluss unserer Landesfürsten und ihrer Entourage in den Parlamenten jährlich insgesamt 8,1 Milliarden Euro Rundfunkbeitrag abdrücken, ohne den geringsten Einfluss auf die Verwendung dieses Geldes zu haben. Nicht einmal der Rechtsweg steht ihnen offen, um ein konkretes Interesse durchzusetzen, beispielsweise ihren Anspruch auf sachliche, für qualifizierte Meinungsbildung nötige Nachrichten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist diesbezüglich immun.

Was mit der gigantischen Beitragseinnahme passiert (es kommen noch eine halbe Milliarde Euro an Werbeeinnahmen hinzu), haben

die Rundfunkteilnehmer nicht zu bestimmen. Pfeif auf demokratische Regeln. Nicht einmal der Schein wird gewahrt.

Es entscheiden elf Intendanten (ARD: neun, ZDF: einer, DRadio: einer). Notabeln, die sich aus Beitragsgeldern fürstlich bezahlen lassen: Keine/keiner bringt weniger als eine Viertelmillion Euro jährlich nach Hause. Der WDR-Intendant ist mit mehr als 410 000 Euro Spitzenreiter.

Weitere Programm-Befugte: ein kleiner Kreis von Rundfunk- und Verwaltungsräten.

Von demokratischer Legitimation kann bei denen ebenfalls keine Rede sein. Zumeist wurden sie in den Hinterstübchen von allen möglichen Vereinen und Kanzleien für das Kontrollamt über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgekungelt.

Achtung, jetzt kommt es hier kurz statistisch-trocken:

Der Rundfunkrat (ZDF: Fernsehrat, DRadio: Hörfunkrat), laut Gesetz das Kontrollgremium einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt, soll sich aus Mitgliedern sogenannter »gesellschaftlich relevanter« Gruppen zusammensetzen. Darunter werden in der Praxis die politischen Parteien verstanden (vorrangig CDU/CSU und SPD), die DGB-Gewerkschaften, die Arbeitgeberorganisationen, die Kirchen, Heimat- und Sportverbände, Landfrauen, Umweltschutzorganisationen und Vereine wie der Stasi-Schutzverband. Aufteilung: Mit etwas mehr als 27 Prozent sind die staatsnahen Institutionen am besten bedient. 23,2 Prozent entfallen auf Gewerkschafts-, Berufs- und Wirtschaftsverbände, 10 Prozent auf Kirchen und jüdische Gemeinden. Den Rest kann man getrost vergessen, grob gesagt dominieren Parteien, Wirtschaft und Kirchenvertreter.

Und, Achtung: Welche gesellschaftliche Gruppe »relevant« ist, beschließen die Länderparlamente. Gemäß parteipolitischen Zweckmäßigkeits-Überlegungen, was denn sonst? Haben Sie etwas anderes erwartet?

Bezeichnenderweise ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen muss, wer in einen Rundfunkrat entsandt werden soll. Diese Deutschtümelei schließt grundsätzlich alle ausländischen Mitbürger vom Amt aus, obwohl sie selbstverständ-